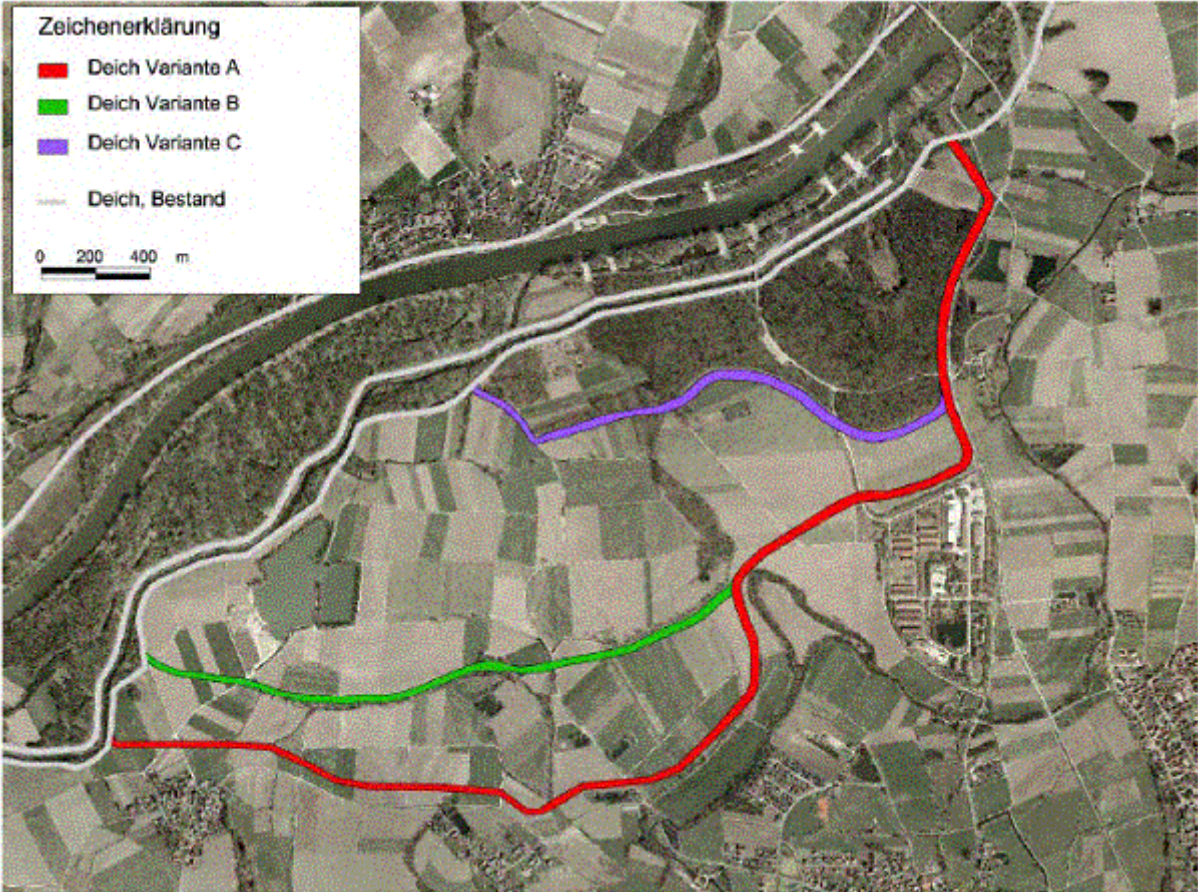


Raumordnungsverfahren für Polder Katzau eingeleitet

Der Flutpolder Katzau ist einer von mehreren geplanten Poldern an der Donau. Er ist Teilprojekt im Rahmen des „Aktionsprogramms 2020 für das Donau- und Maingebiet“ mit dem ein Rückhaltevolumen von bis zu 30 Millionen Kubikmetern zur Kappung von Hochwasserspitzen geschaffen werden soll. Das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt will den Flutpolder Katzau in Teilbereichen der Gemeinde Münchsmünster, des Marktes Pförring sowie der Stadt Vohburg a.d.Donau errichten. Hierzu hat die Regierung von Oberbayern das Raumordnungsverfahren eingeleitet. Von dem Projekt betroffene Kommunen, Behörden und Verbände können bis zum 19. Mai 2006 gegenüber der Regierung von Oberbayern Stellung nehmen.

Das Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt beabsichtigt einen Flutpolder zu errichten. Er dient bei Hochwasser als Rückhaltebecken und soll so den Hochwasserschutz an der Donau verbessern. Das Untersuchungsgebiet für die Planungen erfasst Teilbereiche der Gemeinde Münchsmünster, der Stadt Vohburg a.d.Donau, beide Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm, sowie des Marktes Pförring, Landkreis Eichstätt und dehnt sich auch auf das Gebiet der Stadt Neustadt a.d.Donau aus. Der Flutpolder umfasst neben bestehenden Auwaldbereichen zum Großteil landwirtschaftlich genutzten Grund. Drei mögliche Varianten wurden geplant, die alle im Nordwesten durch den bestehenden Donaudeich und im Osten durch die Kreisstrasse PAF 16 begrenzt werden. Die südliche Ausdehnung ist je nach Variante unterschiedlich und wird durch einen Deichneubau begrenzt. Die Polderfläche beträgt deshalb variantenabhängig zwischen rund 90 bis maximal 390 Hektar, das mögliche Rückhaltevolumen reicht von ca. 2,5 bis maximal 8,7 Millionen Kubikmetern.

In dem Verfahren geht es darum festzustellen, wie sich die einzelnen Varianten des geplanten Vorhabens auf die für die Raumordnung wichtigen Aspekte, wie z.B. Wasserwirtschaft und Siedlungswesen, Natur und Landschaft, Land- und Forstwirtschaft auswirken. Dazu hört die Regierung als höhere Landesplanungsbehörde Fachbehörden, Kommunen und die betroffenen Verbände an. Die Regierung bittet ferner die betroffenen Kommunen, die Projektunterlagen für einen angemessenen Zeitraum und möglichst auch während arbeitsfreier Zeiten öffentlich auszulegen. Anhand der eingegangenen Stellungnahmen prüft die Regierung dann, ob und unter welchen Maßgaben das Projekt mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar ist und wie es mit Vorhaben öffentlicher oder sonstiger Planungsträger abgestimmt werden kann. Die Regierung wägt die einzelnen Belange gegeneinander ab und schließt das Raumordnungsverfahren mit der so genannten „landesplanerischen Beurteilung“ ab.



TERMINANKÜNDIGUNG

Arbeits- und Gesundheitsschutz für Beschäftigte im Rettungsdienst

Wie können sich Einsatzkräfte von Rettungsdiensten bei ihrer Arbeit selbst schützen?

Mit dieser Frage beschäftigt sich eine Informationsveranstaltung, zu der die Regierung von Oberbayern und das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Beschäftigte in oberbayerischen Rettungsdiensten am

Dienstag, 23. Mai 2006, 10.00 bis 16.30 Uhr

im Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Großer Hörsaal, Pfarrstraße 3, 80538 München

eingeladen haben. „Das körperliche und seelische Wohl unserer Rettungskräfte liegt uns sehr am Herzen. Sind sie es doch, die mit ihrem täglichen, oft lebensgefährlichen Einsatz Menschenleben retten oder Menschen vor Gesundheitsgefährdungen bewahren“, betont Regierungsvizepräsidentin Heidrun Piwernetz, die die Veranstaltung mit Herrn Ministerialdirigent Michael Duhnkrack vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und dem Präsidenten des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Herrn Prof. Dr. Volker Hingst eröffnen wird.

Berichterstatter sind herzlich eingeladen.

Die Veranstaltung ist Auftakt einer Projektarbeit der Gewerbeaufsicht bei der Regierung von Oberbayern, welche die vielfältigen Belastungen der Beschäftigten im Rettungsdienst erfassen und arbeitsmedizinische Lösungsansätze aufzeigen will. Das umfassende Ausstellungs- und Vortragsprogramm der Veranstaltung macht deutlich, wie gefährdet die Einsatzkräfte bei ihrer Arbeit sind, zum Beispiel durch Nadelstichverletzungen, Infektionen oder auch aggressive Patienten. Rettungsorganisationen, Berufsgenossenschaften und Fachfirmen berichten daneben über ihre Erfahrungen und Schutzmaßnahmen.

Ziel der Projektarbeit, die vom 15. Juli 2006 bis 15. Januar 2007 bayernweit durchgeführt wird, ist es, möglichst alle Rettungsdienste zu überprüfen und zu beraten. Dabei sollen vorrangig vorhandene Sicherheitsdefizite erkannt und durch gezielte Beratung beseitigt werden. Ansprechpartner in dieser Projektarbeit sind grundsätzlich die Unternehmer, Betriebsärzte und Sicherheitsfachkräfte, in der Beratung aber auch die Beschäftigten. Nach Abschluss der Projektarbeit wird die Regierung von Oberbayern darüber in einer Pressemitteilung berichten.

Die Aktion wird gefördert vom Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverband und der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege.

Medieninformation

Nr. 111 vom 02. Mai 2006

Schulentwicklungstag am 6. Mai 2006 in Pfaffenhofen a.d.Ilm MODUS 21: „Eigene Wege finden - Schule in Verantwortung - Miteinander - Füreinander“

Seit kurzem haben alle Schulen weit bessere Möglichkeiten als bisher, mehr Eigenständigkeit und Selbstverantwortung zu entwickeln, wenn sie einen Katalog von bis zu 60 neu erprobten Maßnahmen nutzen und ihre Schulentwicklung vorantreiben. Diese im Rahmen von „Modus 21“-Schulversuchen erprobten Wege breit bekannt zu machen und vielfältige Anregungen für den individuellen Schulentwicklungsprozess zu geben, ist Zweck eines regionalen Schulentwicklungstags unter dem Motto

„Mit MODUS 21 eigene Wege finden“ am Samstag, dem 6. Mai 2006 im Schulzentrum Pfaffenhofen, Niederscheyerer Straße 4.

Erwartet werden dazu rund 600 Lehrkräfte, Schulleiter, Schulräte, Elternvertreter und Schüler aus dem westlichen Oberbayern. Die Schirmherrschaft der Veranstaltung hat Landrat Rudi Engelhardt aus Pfaffenhofen übernommen. Medienvertreter sind dazu herzlich eingeladen. Regierungspräsident Christoph Hillenbrand hält die für alle Schulen geeigneten „MODUS 21-Maßnahmen“ wie etwa Lernen in Kleingruppen, Rhythmisierung des Schultags oder Stärkung der Selbst- und Sozialkompetenz, für einen wichtigen Beitrag zugunsten von mehr Eigenverantwortung von Schülern, Lehrern und Schulleitung aber auch im Interesse besserer Förderung. So wird beim „Lernen in Kleingruppen einer Klasse“ etwa einmal in der Woche gedrittelt. Die Schüler entscheiden dann selbst, ob sie in der Gruppe Deutsch, Englisch oder Mathematik üben wollen. Vorteilhaft ist solche intensivere und ganz individuelle Arbeit in jedem Fall, sei es um Defizite auszugleichen oder Zusatzstoff zu erarbeiten. Angepasst an das Leistungsniveau in der Gruppe ist so auch die Förderung besonders schwacher oder begabter Schüler möglich. Dieses Modell bietet zudem dem Schüler die Chance, seine Leistung eigenverantwortlich zu steigern.

Nach dem Einführungsreferat von Ministerialrätin Regina Pötke, Geschäftsführerin der Stiftung Bildungspakt Bayern, werden die Teilnehmer in insgesamt 55 Workshops die Maßnahmen des Modellversuchs MODUS 21 kennen lernen und von den Erfahrungen der Modellschulen profitieren können. In zwei Austauschforen werden am Nachmittag Möglichkeiten der Einführung und Umsetzung dieser neuen und individuellen Wege an den Schulen besprochen. Dabei erarbeitet die Schulaufsicht aus dem Regierungsbezirk Oberbayern Möglichkeiten, um die Schulleitungen bei der Umsetzung von MODUS 21-Maßnahmen unterstützen und beraten zu können.

Mit MODUS 21, dem Modell Unternehmen Schule im 21. Jahrhundert, erproben Schulen aller Schularten, durch welche Möglichkeiten der Eigenständigkeit und Selbstverantwortung sich ihre Schulqualität und ihr Schulprofil stärken lässt. Dabei konzentrieren sie sich auf die Bereiche „Qualität von Unterricht und Erziehung“, „Personalmanagement und Personalführung“, „inner- und außerschulische Partnerschaften“ und

„Sachmittelverantwortung“. 44 Pilotschulen des Modellversuchs MODUS 21 in Bayern haben unterschiedliche Maßnahmen erarbeitet und ausprobiert. Davon haben sich 60 Maßnahmen bewährt. Diese sind im laufenden Schuljahr für alle Schulen freigegeben. Der erste Schulentwicklungstag für den Bezirk Oberbayern-Ost fand bereits im Januar 2006 in Oberhaching statt.

Das Programm und weitere Informationen finden Sie auf der Homepage der Veranstalter unter www.setpaf.de

Medieninformation

Nr. 112 vom 10. Mai 2006

Futtermittelüberwachung in Bayern Qualitätsmanagement-Handbuch sorgt für Transparenz und Qualitätssicherung

Die Regierung von Oberbayern hat ein Qualitätsmanagement-Handbuch für die amtliche Futtermittelüberwachung in Bayern aufgelegt. Sie reagiert damit auf die seit 1. Januar 2006 geltende neue EU-Verordnung über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts. Diese Verordnung legt den zuständigen Überwachungsbehörden - für den Bereich der Futtermittel in Bayern der Regierung von Oberbayern - Kontrollpflichten auf und regelt Anforderungen an das Kontrollverfahren. „Transparenz und Qualitätssicherung bei der Produktion und Kontrolle von Futtermitteln sind spätestens seit BSE der Wunsch der Öffentlichkeit. Nur wenn die Tätigkeiten einer Behörde entsprechend strukturiert, dokumentiert, kontrolliert und transparent gemacht sind, ist sie in der Lage, in Krisensituationen rasch und wirksam zu reagieren und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen“ erläutert Regierungspräsident Christoph Hillenbrand.

Das Handbuch gibt einen Überblick über das Qualitätsmanagementsystem bei der Regierung von Oberbayern. Es dient als Nachschlagewerk über Organisation, Ablauf und Dokumentation der Futtermittelüberwachung Bayern. Es gliedert sich in die Abschnitte Führungsprozesse, Qualitätsmanagementsystem, technische Prozesse und Unterbeauftragung (von Veterinärassistenten, Futtermittellabor und externer Gutachter). Das Qualitätsmanagement-Handbuch findet sich im Internetangebot der Regierung von Oberbayern unter www.regierung.oberbayern.bayern.de.

Seit dem 1. August 2001 ist die Regierung von Oberbayern bayernweit für den Vollzug des Futtermittelrechts zuständig. Im Rahmen der Futtermittelüberwachung werden in ganz Bayern Futtermittelproben gezogen, untersucht, ausgewertet und die erforderlichen Maßnahmen ergriffen. 2006 sind - über das Jahr verteilt - 200 Betriebs- und Buchprüfungen, 3.000 Futtermittelprobenahmen und 1.300 Cross-Compliance-Prüfungen geplant; hinzukommen noch Verdachtskontrollen. Seit 01.01.2006 hat die Regierung von Oberbayern bereits 60 Betriebs- und Buchprüfungen und 481 Futtermittelprobenahmen durchgeführt.

Medieninformation

Nr. 115 vom 8. Mai 2006

Grünes Licht für die Verlegung von zwei Pipelines der Bayernoil Raumordnung für Trasse Vohburg a.d.Donau - Neustadt a.d.Donau abgeschlossen

Grünes Licht für die beiden - je nach Trasse ca. 13 bzw. 20 Kilometer langen - Pipelines von Vohburg a.d.Donau (Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm) nach Neustadt a.d.Donau (Landkreis Kelheim) gibt die Regierung von Oberbayern nach Abschluss des Raumordnungsverfahrens. Neben der so genannten Vorzugstrasse 1 wurden auch die Trassen 2 und 2a geprüft. Die Regierung stellte dazu fest, dass das Projekt auf der Vorzugstrasse 1 und der Trasse 2 den Erfordernissen der Raumordnung entspricht. Zugleich sind aber Maßgaben vor allem zur Wasserwirtschaft, zum Natur- und Landschaftsschutz, zur Denkmalpflege und zum Siedlungswesen bei der Verlegung der Verbindungsleitungen zu berücksichtigen. Die Bayernoil Raffineriegesellschaft mbH will mit den geplanten Pipelines die Wirtschaftlichkeit der Erzeugung und Verarbeitung von Mineralölprodukten in den Raffinerien Vohburg a.d. Donau und Neustadt a.d. Donau erhöhen.

„Als federführende Behörde bieten wir mit der landesplanerischen Überprüfung eine wichtige Serviceleistung“, erläutert Regierungspräsident Christoph Hillenbrand: „In einem Raumordnungsverfahren können wir Lösungen für mögliche Probleme und Interessenskonflikte erarbeiten, die sich im Zusammenhang mit einem Investitionsvorhaben bereits in einem frühen Verfahrensstadium abzeichnen. Das Raumordnungsverfahren ist als ein Instrument der „helfenden Planung“ Grundlage für wichtige Investitionen der Wirtschaft und damit auch der Sicherung von Arbeitsplätzen in Oberbayern“.

Für das geplante Leitungsbündel wurden die 13,4 Kilometer lange Vorzugstrasse 1 sowie alternativ die 20,1 Kilometer lange Trasse 2 und die 18,8 Kilometer lange Trasse 2a geprüft. Die Vorzugstrasse verläuft nördlich der Donau weitgehend parallel zur bestehenden Ölleitung und quert zweimal die Donau. Die Trasse 2 verläuft südlich von Vohburg a.d.Donau überwiegend entlang der Bundesstraße 16, die Trasse 2a ab Münchsmünster entlang der Bahnlinie Ingolstadt-Regensburg. Die Trassen liegen in den Regierungsbezirken Ober- und Niederbayern.

Die Regierung von Oberbayern hatte im November 2005 das Raumordnungsverfahren eingeleitet und die Stellungnahmen von 46 Behörden, Institutionen und Kommunen eingeholt und geprüft. Sie gibt jetzt grünes Licht für das geplante Leitungsbündel im Verlauf der Vorzugstrasse 1 und der Trasse 2 aus landesplanerischer Sicht, sofern es bestimmte Voraussetzungen erfüllt. Der geplante Bau der Pipelines wirkt sich positiv auf die raumstrukturelle Entwicklung, auf die Belange der Energieversorgung, der Luftreinhaltung und der Wirtschaft aus. Die geplanten Verbindungsleitungen zwischen den Raffinerien tragen zur Standortsicherung der ansässigen petrochemischen Werke im Raum Ingolstadt und Neustadt a.d.Donau bei und verbessern deren Wettbewerbsfähigkeit. Die Vorzugstrasse 1 zeichnet sich durch ihre Kürze und durch die Bündelung mit weiteren Fernleitungen aus, die Trasse 2 verläuft neben bereits vorhandenen Leitungen der Bayernoil Raffineriegesellschaft mbH parallel zur Bundesstraße 16 als überregionaler Entwicklungsachse. Die mit dem Projekt

verbundenen negativen Auswirkungen insbesondere auf Belange der Denkmalpflege und der Landwirtschaft können durch Festlegung bestimmter Maßgaben, z.B. durch die Abstimmung mit dem Bayer. Landesamt für Denkmalpflege sowie mit den betroffenen Landwirten im Rahmen der detaillierten Festlegung der Trasse entscheidend vermindert werden. Zusätzlich kann den Belangen der Wasserwirtschaft, des Naturschutzes, des Siedlungswesens, des Immissions- und Katastrophenschutzes und der Verkehrs- und Energieinfrastruktur bei Berücksichtigung der Maßgaben, wie etwa wasserwirtschaftlichen Auflagen in ausreichender Weise entsprochen werden. So muss z.B. die Querung der Donau fünf Meter unter der Flusssohle erfolgen. Die Trasse 2a entspricht demgegenüber aus der Sicht von Natur und Landschaft sowie wegen wirtschaftlicher Belange nicht den Erfordernissen der Raumordnung. Sie verläuft in einem Bereich, der bisher weitgehend frei von unterirdischen Versorgungsleitungen ist und greift in Niederbayern sogar in Mager- und Trockenstandorte sowie Wiesenbrückerlebensräume ein. Außerdem beeinträchtigt die Trasse eine großflächige Testanlage eines Automobilunternehmens. Damit ist eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die industrielle Entwicklung nicht auszuschließen.

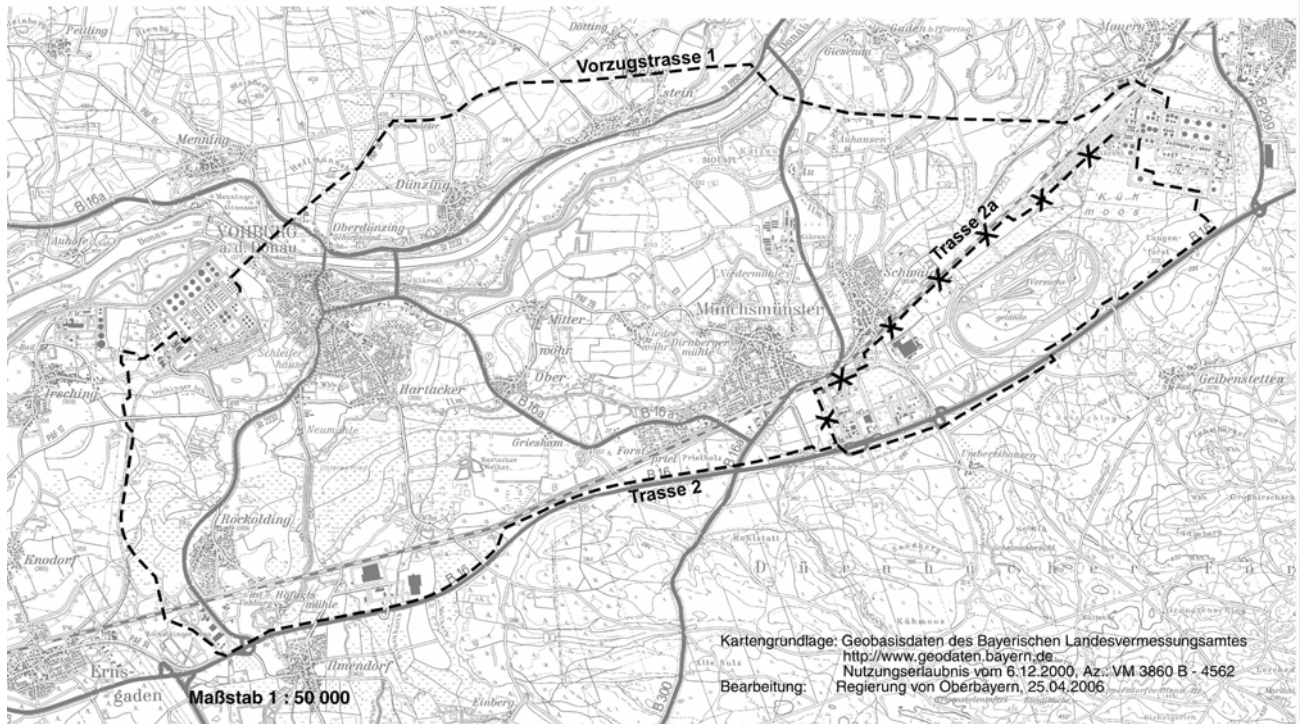
Verfahren

Nachdem mehrere Regierungsbezirke von dem Vorhaben betroffen sind, hat das Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie die Regierung von Oberbayern als zuständige Behörde benannt. Die Regierung von Oberbayern prüft im Raumordnungsverfahren wie sich das geplante Vorhaben auf die für die Raumordnung wichtigen Aspekte, wie z.B. Natur und Landschaft, Wasser, Verkehr, Immissionsschutz, Stadtentwicklung und Wirtschaft auswirkt. Dazu hört die Regierung als höhere Landesplanungsbehörde Fachbehörden, Kommunen, Verbände und sonstige betroffenen Organisationen an. Die Regierung bittet ferner die betroffenen Kommunen, die Projektunterlagen für einen angemessenen Zeitraum und möglichst auch während arbeitsfreier Zeiten öffentlich auszulegen. Anhand der eingegangenen Stellungnahmen prüft die Regierung dann, ob und unter welchen Maßgaben das Projekt mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar ist und wie es mit Vorhaben öffentlicher oder sonstiger Planungsträger abgestimmt werden kann. Die Regierung wägt die einzelnen Belange gegeneinander ab und schließt das Raumordnungsverfahren mit der so genannten „landesplanerischen Beurteilung“.

Lageplan

Bayernoil Raffineriegesellschaft mbH
Fernleitungen von Vohburg a. d. Donau nach Neustadt a. d. Donau (B-Net 3)
Landesplanerische Beurteilung

--- positiv beurteilte Trasse
* * negativ beurteilte Trasse



Medieninformation

Nr. 118 vom 3. Mai 2006

Beflaggung in ganz Oberbayern - Am 9. Mai ist Europatag

Am Dienstag, dem 9. Mai 2006 werden aus Anlass des Europatages alle staatlichen Dienstgebäude in Bayern beflaggt. Auch den Kommunen und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Am Europatag finden Veranstaltungen und Festlichkeiten statt, die Europa seinen Bürgern und die Völker der Union einander näher bringen sollen. Während bislang der Europatag in Bayern am 5. Mai in Andenken an die Gründung des Europarates am 5. Mai 1949 in London begangen wurde, wird jetzt – wie im Bund und anderen Mitgliedstaaten - der 9. Mai als Europatag begangen. Dies entspricht auch der Regelung im Entwurf einer Europäischen Verfassung.

Am 9. Mai 1950 unterbreitete Robert Schuman seinen Vorschlag für ein Vereintes Europa als unerlässliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. Dieser Vorschlag, der als "Schuman-Erklärung" bekannt wurde, gilt als Grundstein der heutigen Europäischen Union. Damit ist der 9. Mai zu einem Europäischen Symbol geworden.

Medieninformation

Nr. 119 vom 11.05.2006

Einsatzkräfte für Bereitschaftsdienst bei WM 2006 nötig Regierung bittet Arbeitgeber um Freistellung gegen Kostenersatz

Für die Sicherheit der Besucher der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in München müssen die überwiegend ehrenamtlichen Helfer der bayerischen Feuerwehren, Katastrophenschutzeinheiten und Sanitätsorganisationen während dieses Großereignisses in Bereitschaft stehen. Deshalb appelliert Regierungspräsident Christoph Hillenbrand an alle oberbayerischen Arbeitgeber, die rund 2.000 Helfer während der Einsatztage in München von der Arbeit freizustellen: „Unterstützen Sie bitte das hohe Engagement der freiwilligen Einsatzkräfte, steht es doch für Teamgeist, Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein.“ Die Kosten für Lohnfortzahlung im Rahmen dieser Einsätze werden den Arbeitgebern erstattet. Entsprechende Anträge nimmt die für den Firmensitz zuständige Gemeindeverwaltung entgegen.

Vom 9. Juni bis zum 9. Juli 2006 findet in Deutschland das größte Sportereignis des Jahres - die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 statt. An den sechs Spieltagen in München befinden sich Einsatzkräfte entweder an den Behandlungsplätzen am Stadion oder halten sich in weiteren Bereitstellungs-räumen in München auf, um bei einem Einsatz schnell verfügbar zu sein. Alarmierungs- und Anfahrtszeiten aus den "Heimatstandorten" entfallen damit; dies gewährleistet eine schnelle und effektive Reaktion im Katastrophenfall. Zudem stehen 350 Feuerwehrfrauen und -männer während der Spieltage zu Hause in Rufbereitschaft und können bei Bedarf nachalarmiert werden, um Einsatzkräfte für den Transport von Verletzten im Stadion abzulösen. Die Bereitschaftszeiten der Einsatzkräfte beginnen vier Stunden vor den Spielen und enden drei Stunden nach den Spielen. Die Führungsgruppe Katastrophenschutz der Regierung von Oberbayern als Katastrophenschutzbehörde ist während der Spieltage in München und Nürnberg ebenfalls besetzt und unterstützt überörtlich die originär zuständigen Kreisverwaltungsbehörden. Unter maßgeblicher Mitwirkung Bayerns hat eine Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz für alle WM-Spielorte in Deutschland ein "Musterkonzept Katastrophenschutz" erarbeitet. Das Konzept sieht für alle Spielstätten ein gleichermaßen hohes Niveau an Sicherheit und Vorsorge für den Fall von Großschadensereignissen vor.

Medieninformation

Nr. 120 vom 08.05.2006

TERMINANKÜNDIGUNG

22. Bundeswettbewerb

„Unser Dorf soll schöner werden – Unser Dorf hat Zukunft“ 2005/2007

Wer das schönste Dorf im Land ist, sagt bayerischen Kommunen nicht - wie Märchenprinzessinnen - ein Spiegel, sondern der seit 45 Jahren, erstmals 1961 ausgelobte Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“. Inzwischen ist diese Konkurrenz eine feste Institution, umso mehr, als sie 1996 um das sich auch im Motto aufgenommene Spektrum „Unser Dorf hat Zukunft“ erweitert wurde. Der friedliche Wettstreit der Kommunen hat viele Bürgerinnen und Bürger motiviert, ihre dörflichen Lebensverhältnisse zu verbessern. Regierungspräsident Christoph Hillenbrand: „Der „Dorfwettbewerb“ ist damit die wohl bedeutendste Bürgerinitiative Bayerns. War er in den Nachkriegsjahren als „Schönheitswettbewerb“ noch geprägt von der Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes der Dörfer, verlagerten sich die Schwerpunkte später in Richtung Planung, Ökologie und Wirtschaft. Er trägt dazu bei, die soziale, kulturelle, gestalterische und wirtschaftliche Entwicklung in den Dörfern zu unterstützen“. Beim heuer im Februar vom Bayerischen Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, Josef Miller, gestarteten 22. Bundeswettbewerb stehen die Landkreissieger inzwischen fest. In den nächsten Tagen soll nun eine Gruppe von Experten aus deren Kreis das oberbayerische Siegerdorf ermitteln. Es wird den Regierungsbezirk dann beim Landesentscheid vertreten.

Besichtigungsfahrt der Bewertungskommission

7 Teilnehmerorte aus 6 Landkreisen konnten sich für den Bezirksentscheid in Oberbayern qualifizieren. Vom **8. – 11. Mai 2006** wird die zwölfköpfige, interdisziplinär zusammengesetzte Bewertungskommission die Dörfer besichtigen und jeweils eine Bewertung vornehmen.

Beurteilungskriterien

Beurteilungskriterien sind beispielsweise Perspektiven für das Dorf, Bauleitplanung Landschaftsplanung, soziales und kulturelles Leben, Bau- und Grüngestaltung sowie Dorf und Landschaft.

Wie geht es weiter?

Nach einer Abschlussbesprechung am 11. Mai gibt die Regierung von Oberbayern das Ergebnis des Bezirksentscheids bekannt. 1-2 Ortschaften werden dann Oberbayern beim Landesentscheid 2007 vertreten. Die Sieger werden am 11. November in Kirchanschöring, Landkreis Traunstein ausgezeichnet.

Hinweis

Nach dem Ministerratsbeschluss vom 13. Juli 2004 wurden im Zuge der Verwaltungsreform in Bayern zum 1. Juli 2005 die Landwirtschaftsabteilungen an den Regierungen aufgelöst. Für das Jahr 2006 wurde mit dem Landwirtschaftsministerium vereinbart, dass die Regierung von Oberbayern für diese Veranstaltungen ausnahmsweise noch einmal die organisatorische Betreuung und die Pressearbeit übernimmt.

Medieninformation

Nr. 122 vom 15. Mai 2006

**Neue Stiftung in München
Michael-Doeberl-Stiftung staatlich anerkannt**

Die Michael-Doeberl-Stiftung mit Sitz in München hat Regierungspräsident Christoph Hillenbrand am 10. Mai 2006 als rechtsfähige öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts staatlich anerkannt. Zweck der Stiftung ist die Förderung von Forschung und Lehre im Fach bayerische Landesgeschichte. Errichtet hat die Stiftung Frau Anneliese Doeberl. Nähere Auskünfte zur Stiftung erteilt Herr Prof. Dr. Ferdinand Kramer, c/o Institut für Bayerische Geschichte, Ludwigstr. 14, 80539 München, Telefonnummer 089/28638-2507.

Allein im Jahr 2005 hat die Regierung von Oberbayern 69 Stiftungen als rechtsfähig anerkannt. Das ist fast die Hälfte der 154 neuen Stiftungen in Bayern. Damit ist die Regierung von Oberbayern derzeit für mehr als 1000 Stiftungen zuständig. Die Gesamtzahl der Ende 2005 in Bayern registrierten rechtsfähigen Stiftungen ist auf insgesamt 2647 gestiegen. Bayern liegt bundesweit weiterhin mit Abstand an erster Stelle.

Wissenswertes zu Stiftungen

Ob Bildung, Kultur, Umwelt oder Soziales, die Zwecke für die eine Stiftung errichtet werden kann, sind äußerst vielfältig. Eine Stiftung ist ein unkompliziertes und flexibel gestaltbares Instrument, mit dem Vermögen für einen guten Zweck angelegt werden kann. Millionenbeträge sind nicht erforderlich, um eine rechtlich selbständige Stiftung zu errichten. Das Stiftungsvermögen sollte aber mindestens 50.000 Euro betragen.

Wer eine Stiftung gründen will, bekommt nähere Informationen bei der Regierung von Oberbayern unter der Telefonnummer 089/2176-0 oder im Internet unter www.regierung.oberbayern.bayern.de. Dort finden Sie auch den aktuellen Leitfaden zur Errichtung einer Stiftung. Das neue elektronische Stiftungsverzeichnis aller rechtsfähigen Stiftungen (Ausnahme: kirchliche Stiftungen) mit Sitz in Bayern ist unter www.stiftungen.bayern.de abrufbar.

Medieninformation

Nr. 123 vom 11. Mai 2006

Neue Stiftung in München Stiftung für die Förderung der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern staatlich anerkannt

Die Stiftung für die Förderung der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern mit Sitz in München hat Regierungspräsident Christoph Hillenbrand am 5. Mai 2006 als rechtsfähige öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts staatlich anerkannt. Zweck der Stiftung ist die Förderung der jüdischen Religion, der Kunst und der Kultur, der Bildung und Erziehung. Nähere Auskünfte zur Stiftung erteilt Herr Rechtsanwalt Bertram Rudolf, Wotanstr. 64, 80639 München, Telefonnummer 089/1215710.

Allein im Jahr 2005 hat die Regierung von Oberbayern 69 Stiftungen als rechtsfähig anerkannt. Das ist fast die Hälfte der 154 neuen Stiftungen in Bayern. Damit ist die Regierung von Oberbayern derzeit für mehr als 1000 Stiftungen zuständig. Die Gesamtzahl der Ende 2005 in Bayern registrierten rechtsfähigen Stiftungen ist auf insgesamt 2647 gestiegen. Bayern liegt bundesweit weiterhin mit Abstand an erster Stelle.

Wissenswertes zu Stiftungen

Ob Bildung, Kultur, Umwelt oder Soziales, die Zwecke für die eine Stiftung errichtet werden kann, sind äußerst vielfältig. Eine Stiftung ist ein unkompliziertes und flexibel gestaltbares Instrument, mit dem Vermögen für einen guten Zweck angelegt werden kann. Millionenbeträge sind nicht erforderlich, um eine rechtlich selbständige Stiftung zu errichten. Das Stiftungsvermögen sollte aber mindestens 50.000 Euro betragen.

Wer eine Stiftung gründen will, bekommt nähere Informationen bei der Regierung von Oberbayern unter der Telefonnummer 089/2176-0 oder im Internet unter www.regierung.oberbayern.bayern.de. Dort finden Sie auch den aktuellen Leitfaden zur Errichtung einer Stiftung. Das neue elektronische Stiftungsverzeichnis aller rechtsfähigen Stiftungen (Ausnahme: kirchliche Stiftungen) mit Sitz in Bayern ist unter www.stiftungen.bayern.de abrufbar.

Medieninformation

Nr. 124 vom 12.05.2006

Über 90 Millionen Euro für ÖPNV in Oberbayern im Jahr 2006 Besseres Angebot entlastet Straßen, macht Verkehr sicherer und schont Umwelt

Mit über 90 Millionen Euro wird der Freistaat Bayern Infrastrukturmaßnahmen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs von Gemeinden, Verkehrsunternehmen und der Deutschen Bahn AG im Jahr 2006 fördern. „Dank der Mittel lassen sich wieder viele Projekte in Oberbayern verwirklichen, die den motorisierten Individualverkehr verringern, die Straße entlasten, den Verkehr sicherer machen und auch die Umwelt schonen,“ freut sich Regierungspräsident Christoph Hillenbrand. Nachhaltiges Ziel der Förderung ist es, dass immer mehr Personen in ländlichen Gebieten Oberbayerns, im Umland von Städten und in diesen selbst den Schienennahverkehr sowie S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn und Bus für die Fahrten zum Arbeitsplatz, zum Ausbildungsort oder im Zusammenhang mit Freizeitaktivitäten nutzen. Das gelingt dann, wenn immer mehr Bürger ein integriertes und attraktives Angebot im öffentlichen Nahverkehr vorfinden. Ein gut ausgebauter ÖPNV ist auch ein Vorteil für die Lebens- und Standortqualität in Stadt und Land.

Ein besonderer Höhepunkt im Jahr 2006 wird die Eröffnung der verlängerten U-Bahn-Linie U 6-Nord von Garching-Hochbrück zum Forschungsgelände in Garching sein. Daneben werden weitere Bahnhöfe von weit ins Umland führenden S-Bahn-Strecken, wie etwa in Esting und Gernlinden, Landkreis Fürstentfeldbruck, in Grafing-Stadt, Landkreis Ebersberg, in Icking, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, in Pullach, Landkreis München sowie in Langwied barrierefrei gebaut. Außerdem wird der letzte noch nicht barrierefreie U-Bahnhof Freimann nachgerüstet. Auch zahlreiche P+R-Anlagen an den Bahnhöfen kommen Pendlern aus ganz Oberbayern zugute: So werden solche Parkplätze in Ingolstadt, Moosburg und Aschau i. Chiemgau fertig gestellt. Noch heuer ist Baubeginn der P+R-Anlagen in Geltendorf und Markt Schwaben. Im Herbst 2006 wird zeitgleich mit der Eröffnung des Ammerseegymnasiums ein neuer Bahnhalt im Ortsteil St. Alban, Gemeinde Dießen a. Ammersee in Betrieb gehen.

Die Fördermittel haben das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und das Bayerische Staatsministerium der Finanzen bereitgestellt. Der Freistaat Bayern fördert die Maßnahme nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, dem Regionalisierungsgesetz und dem Finanzausgleichsgesetz.

Medieninformation

Nr. 125 vom 11.05.2006

Bernried und Immünster sind die schönsten Dörfer Oberbayerns

Bezirksentscheid im 22. Bundeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf hat Zukunft 2005/2007“

Die Entscheidung ist gefallen: Die schönsten oberbayerischen Dörfer sind Bernried, Landkreis Weilheim-Schongau und Immünster, Landkreis Pfaffenhofen. Am 11. November 2006 werden sie ihre Auszeichnung in Kirchanschöring, Landkreis Traunstein, entgegennehmen können. Damit werden die beiden Goldmedaillengewinner den Regierungsbezirk Oberbayern beim Landesentscheid im nächsten Jahr vertreten. Bei der Beurteilung von Bauleitplanung, Landschaftsplanung, soziales und kulturelles Leben, Bau- und Grüngestaltung sowie Dorf und Landschaft vergab die zwölfköpfige Expertenkommission, die in den letzten Tagen sieben Gemeinden in Oberbayern besichtigt hatte, an Bernried und Immünster die meisten Punkte. Den zweiten Platz belegen gemeinsam die Gemeinden Mehring, Landkreis Altötting und Nussdorf im Landkreis Traunstein. Die Bronzemedaille erhalten Arzbach, Gemeinde Wackersberg, Landkreis Bad Tölz - Wolfratshausen, Ossenzhausen, Landkreis Pfaffenhofen und St. Wolfgang im Landkreis Erding.

Seit 45 Jahren gibt es den Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“. Inzwischen ist diese Konkurrenz eine feste Institution, umso mehr, als sie 1996 um das sich auch im Motto aufgenommene Spektrum „Unser Dorf hat Zukunft“ erweitert wurde. Der friedliche Wettstreit der Kommunen hat viele Bürgerinnen und Bürger motiviert, ihre dörflichen Lebensverhältnisse zu verbessern. Regierungspräsident Christoph Hillenbrand: „Der „Dorfwettbewerb“ ist damit die wohl bedeutendste Bürgerinitiative Bayerns. War er in den Nachkriegsjahren als „Schönheitswettbewerb“ noch geprägt von der Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes der Dörfer, verlagerten sich die Schwerpunkte später in Richtung Planung, Ökologie und Wirtschaft. Er trägt dazu bei, die soziale, kulturelle, gestalterische und wirtschaftliche Entwicklung in den Dörfern zu unterstützen.“

Medieninformation

Nr. 126 vom 12.05.2006

Staatsminister Siegfried Schneider besucht den 10. Tag der offenen Tür bei der Regierung von Oberbayern „Regierung bildet“



Ein kleines Jubiläum kündigt sich an: Bereits zum zehnten Mal findet der Tag der offenen Tür bei der Regierung von Oberbayern statt! Unter dem Motto „Regierung bildet“ stellt sich die Regierung von Oberbayern den Bürgerinnen und Bürgern als modernes Dienstleistungszentrum mit einem vielfältigen Aufgabenspektrum vor. Information, Beratung, Vorführungen, Live-Musik und vieles mehr erwarten den interessierten Besucher. Wer nur neugierig ist, wer und was sich eigentlich hinter den „Verhüllungen“ der historischen Bürklein-Fassade verbirgt, ist ebenso herzlich willkommen.

Schwerpunkte der diesjährigen Veranstaltung sind: Schulprojekte, Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen, Integration von Migranten in Oberbayern, Projektmanagement, Gewerbeaufsicht und Fassadensanierung des Regierungsgebäudes.

Der Bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus Siegfried Schneider wird im Rahmen der Aktion „Lernort Regierung“ die Regierung von Oberbayern besuchen,

nach der Begrüßung durch den Regierungspräsidenten von Oberbayern Christoph Hillenbrand um 9.00 Uhr ein Grußwort sprechen und bei seinem Rundgang Schülerinnen und Schüler oberbayerischer Schulen bei den Präsentationen zahlreicher Schulprojekte treffen.

Darüber hinaus bietet die Regierung von Oberbayern ihren Besuchern ein vielfältiges Programm mit Ausstellungen und Vorführungen der Gewerbeaufsicht, des Kreisjugendrings Mühlhof a. Inn und des Tourismusverbandes München-Oberbayern. Vorführungen der Freiwilligen Feuerwehr, des Technischen Hilfswerks, verschiedener Rettungsdienste sowie einer Einradfahrertruppe aus Heufeld runden das Angebot ab.

Liebhaber von Baudenkmalern kommen am Tag der offenen Tür auch in der Regierung von Oberbayern auf ihre Kosten: Bei Vorträgen und Führungen von Architekten, Restauratoren und Fachleuten des Staatlichen Bauamtes München I erfahren Sie, wie die seltenen Terrakottasteine der denkmalgeschützten Fassade restauriert und neu hergestellt werden.

Für das leibliche Wohl der Besucher sorgt die Cafeteria der Regierung im Erdgeschoss. Bei gutem Wetter gibt es auch eine Grillstation im Innenhof. Schüler und Lehrer gestalten die musikalische Unterhaltung der Gäste.

Kurzinformationen zum Tag der offenen Tür:

Wann: Freitag, 14. Juli 2006,
von 9.00 bis 17.00 Uhr

Wo: Regierung von Oberbayern
Maximilianstraße 39, München

Erreichbarkeit:

U4/U5 Haltestelle Lehel

S-Bahn: Haltestelle Isartor

Tram 17: Haltestelle Maxmonument

Tram 19: Haltestellen Maxmonument und Schauspielhaus

Was: Tag der offenen Tür



Regierung von Oberbayern

Freitag, den 14. Juli 2006
Tag der offenen Tür

von 9:00 bis 17:00 Uhr
Maximilianstraße 39
München



Regierung bildet



Regierungspräsident **Christoph Hillenbrand** und Regierungsvizepräsidentin **Heidrun Piwernetz** heißen Sie herzlich willkommen.

Wir freuen uns ab 9:00 Uhr auf den bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus **Siegfried Schneider**.

Schwerpunktthemen sind:

- Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen
- Ganztagsangebote
- Förderschulen: Integrative Modelle
- Migranten in Oberbayern
- Geburtshaus von Papst Benedikt in Markt a. Inn
- Gewerbeaufsicht zum sicheren Arbeitsplatz und gefährlosem „Sporteln“

Es erwarten Sie Vorführungen, Beratungen, Live-Musik und vieles mehr!

Programm zum Tag der offenen Tür bei der Regierung von Oberbayern am 14. Juli 2006



Stand Juli 2006 (Änderungen möglich)

Motto „Regierung bildet“

Erdgeschoss	1. Stock Hauttreppenhaus	2. Stock Hauttreppenhaus	3. Stock Hauttreppenhaus	4. Stock Hauttreppenhaus	5. Stock Hauttreppenhaus	6. Stock Großer Sitzungssaal
<p>Informationsstand der Pressestelle der Regierung von Oberbayern</p> <p>Der Tourismusverband München-Oberbayern e. V. stellt sich vor</p> <p>Musik am PC Kreisjugendring Mühldorf a. Inn</p> <p>Internetstation</p> <p>Sportaculum - Informationen und Film - Vorführung der Einradfahrer der Volksschule Heufeld im Innenhof</p> <p>Cafeteria in der Kantine</p> <p><i>Zusätzlich, aber nur bei schönem Wetter:</i> Grillstation und Getränke im Innenhof</p>	<p>Ausstellung „50 Jahre Wiederaufbau der Regierung von Oberbayern“</p> <p>Film „Zerstörtes München“</p> <p>Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen - Was heißt eigentlich Sucht? - Was heißt Suchtprävention? - Was haben Eltern damit zu tun?</p>	<p>Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen</p> <p>Berufsschulen mit besonderen Angeboten für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz Projekte der Berufsschulen Bad Aibling und Rosenheim</p> <p>Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit Projekt des Kolping-Bildungswerks DV München und Freising e.V., gefördert aus dem Arbeitsmarktfonds</p> <p>Frauen in technischen Berufen - bei der Regierung von Oberbayern - am Beispiel des Ausbildungsbetriebes Dr. Pfanner GmbH, Steinmetz und Bildhauer</p> <p>Ausbildung bei der Regierung von Oberbayern</p> <p>Regierung von Oberbayern Aktiv für Ausbildung und Beschäftigung</p>	<p>Verwaltungssteuerung und Projektmanagement</p> <p>„Geburtshaus Papst Benedikt XVI. in Markt“ - Projektarbeit Die Regierung von Oberbayern koordiniert den Erhalt des Gebäudes und seinen Weg zum Museum</p> <p>Bayern Direkt Servicestelle der Bayerischen Staatsregierung</p> <p>9 Uhr Eröffnung Regierungspräsident Christoph Hillenbrand und Grußwort Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus Siegfried Schneider mit anschließendem Rundgang</p> <p>Persönliches Gespräch Regierungspräsident Christoph Hillenbrand und Regierungsvizepräsidentin Heidrun Piwernetz freuen sich auf ein persönliches Gespräch mit den Besuchern</p> <p>Die Amtszimmer können besichtigt werden</p>	<p>Gewerbeaufsicht Sicherheit und Gesundheit im Alltag</p> <p>Grundsatzaufgaben der Gewerbeaufsicht - Sicherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen - Mittler zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer</p> <p>Produktsicherheit: Radsport, Trendsport Wartung, persönliche Schutzausrüstung, Zubehör</p> <p>Gefahrstoffe im Haushalt Kennzeichnung, Umgang, Aufbewahrung und Entsorgung von Haushaltschemikalien</p> <p>Lärmschutz Auch Alltagslärm schädigt das Gehör! PC-gestützter Hörtest</p> <p>Ergonomie: Der gesunde Büroarbeitsplatz Tipps zu Beleuchtung und ergonomischem Arbeiten</p> <p>Projektarbeit in der Gewerbeaufsicht am Beispiel der Überprüfung elektrischer Betriebsmittel auf Baustellen; Darstellung der Funktionsweise des Fehlerstromschutzschalters</p>	<p>Schulen</p> <p>Berufsschulen mit preisgekrönten Beispielen für Unterrichtsprojekte zur „Nachhaltigkeit“ - Staatl. Berufsschule Pfaffenhofen a.d. Ilm mit der Pflege alter Kulturlandschaften - Staatl. Berufsschule München-Land mit der Bewahrung alten Saatgutes - Städtische Berufsschule für elektrische Anlagen- und Gebäudetechnik mit regenerierbaren Energien</p> <p>Ganztagsangebote - Mittagsbetreuung - Offene Ganztagssschule (=Nachmittagsbetreuung) - Gebundene Ganztagsklassen</p> <p>Förderschulen Miteinander Lernen – Informationen über integrative Modelle Verschiedene Lernorte: - Lernen in Außenklassen - Kooperationsklassen - Einzelintegration in einer Grundschulklasse</p>	<p>Integration im Dialog – Migranten in Oberbayern</p> <p>Spätaussiedler in Oberbayern - Integration in der neuen „alten“ Heimat Erfolgreiche Integrationsmodelle in Ingolstadt</p> <p>Oberbayerisches Integrationsforum 2006 der Regierung von Oberbayern</p> <p>Zuwanderungsgesetz und Integration mit Integrationsquiz</p> <p>Der Weg zur Einbürgerung</p> <p>Asylverfahren</p> <p>Rolle der Regierung von Oberbayern im Asylverfahren</p> <p>Integration in Kindergarten, Grund- und Förderschule „Gemeinsam Lernchancen nutzen“: - Kooperation Kindergarten – Grundschule - Kooperation Kindergarten – Förderschule - Kooperation Sprachförderung „Vorkurse – Deutsch“</p> <p>Integration – Soziale Stadt: - Förderprogramm - Programmgebiete - Handlungsfelder im Bereich Integration</p>

Vor dem Gebäude und im Innenhof

Vorfürhungen und Vorträge zur Fassadensanierung des Staatl. Bauamts München 1, des Architekturbüros Kunz&Kunz, des Steinmetzbetriebes Dr. Pfanner in der Roten Bauhütte
 Vielfältige Aktionen: Drehleiter der FF Karlsfeld und Schnelleinsatzzelt - Simulation „Garagenbrand“ der FF Hebertshausen - THW und mehrere Rettungsdienste
 Vorfürhungen der Einradfahrergruppe „Hayfield Unicycles“ der Volksschule Heufeld
 Musikalische Unterhaltung: Carl-Orff-Volksschule, Dießen a. Ammersee

Regierung von Oberbayern, Maximilianstr. 39, 80534 München; Tel. 089 / 2176-2841; E-Mail: presse@reg-ob.bayern.de; Internet: www.regierung.oberbayern.bayern.de

Sonderaktionen am Tag der offenen Tür am 14. Juli 2006

Wann	Was	Wo
ab 9.00	Musikalische Unterhaltung der Bläsergruppe der Carl-Orff-Volksschule Dießen a. Ammersee	Arkaden
9.00	Regierungspräsident Christoph Hillenbrand eröffnet den Tag der offenen Tür	3. Stock
9.15	Grußwort des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus Siegfried Schneider	3. Stock
9.30	Rundgang des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus Siegfried Schneider mit Regierungspräsident Christoph Hillenbrand und Regierungsvizepräsidentin Heidrun Piwernetz	
9.30 Dauer ca. 20 Minuten	Förderschwerpunkt geistige Entwicklung Film über Lernen in Außenklassen – Einzelintegration in einer Grundschulklasse	5. Stock
10.00 Dauer ca. 60 Minuten	Vortrag und Vorführung zur Fassadensanierung des Staatlichen Bauamtes München 1, des Architekturbüros Kunz&Kunz und des Steinmetzbetriebes Dr. Pfanner	Rote Bauhütte vor dem Haus
10.00 Dauer ca. 20 Minuten	Morgenkreis der 5. Klasse der gebundenen Ganztagsklasse, Volksschule Vaterstetten	5. Stock
10.30 Dauer ca. 25 Minuten	Offene Ganztagschule „Lichtblick Hasenberg!“ (Träger Kath. Jugendfürsorge e.V.) Powerpointpräsentation über die pädagogische Arbeit und das spezielle sozialtherapeutische Förder- und Trainingsprogramm	5. Stock
10.30 Dauer ca. 10 Minuten	Vorführung der Einradfahrergruppe „Hayfield Unicycles“ der Volksschule Heufeld	Innenhof
11.00	Ganztagsintensivklasse der Max-Fellermeier-Volksschule Neuötting Powerpointpräsentation	5. Stock
11.00	Aktion Simulation „Garagenbrand“ Vorführung der Freiwilligen Feuerwehr Hebertshausen und des Rettungsdienstes	Innenhof
11.00 Dauer ca. 20 Minuten	Förderschwerpunkt Lernen / Sprache / Verhalten Film über „Kooperation – wie kann's gehen? Lernort Kooperationsklasse“	5. Stock
11.00 Dauer ca. 20 Minuten	Vortrag zum Ablauf des Asylverfahrens Die Referenten stehen anschließend für Fragen zur Verfügung	Sitzungssaal 6201
11.30 Dauer ca. 10 Minuten	Vorführung der Einradfahrergruppe „Hayfield Unicycles“ der Volksschule Heufeld	Innenhof
11.30 Dauer ca. 25 Minuten	Ganztagsklassen an der Hauptschule Unterschleißheim Film und Ausstellung über ganztägigen Unterricht mit individuellen Lernformen	5. Stock
12.00 Dauer ca. 60 Minuten	Vortrag und Vorführung zur Fassadensanierung des Staatlichen Bauamtes München 1, des Architekturbüros Kunz&Kunz und des Steinmetzbetriebes Dr. Pfanner	Rote Bauhütte vor dem Haus
12.00	Hauptschule Moosburg Powerpointpräsentation über Mittagsverpflegung für gebundene Ganztagsklassen	5. Stock

12.30 Dauer ca. 25 Minuten	Ganztagsklassen an der Hauptschule Unterschleißheim Film und Ausstellung über ganztägigen Unterricht mit individuellen Lernformen	5. Stock
ab 13.00	Musikalische Unterhaltung des Lehrersalonorchesters der Carl-Orff-Volksschule Dießen a.Ammersee	Innenhof
13.00 Dauer ca. 20 Minuten	Förderschwerpunkt Lernen / Sprache / Verhalten Film über „Kooperation – wie kann’s gehen? Lernort Kooperationsklasse“	5. Stock
13.00 Dauer ca. 25 Minuten	Offene Ganztagschule „Lichtblick Hasenberg!“ (Träger Kath. Jugendfürsorge e.V.) Powerpointpräsentation über die pädagogische Arbeit und das spezielle sozialtherapeutische Förder- und Trainingsprogramm	5. Stock
13.30	Hauptschule Ingolstadt an der Herschelstraße Praxisbezogenes Betreuungsangebot am Beispiel einer Fahrradwerkstatt	5. Stock
13.30	Aktion Simulation „Garagenbrand“ Vorführung der Freiwilligen Feuerwehr Hebertshausen und des Rettungsdienstes	Innenhof
14.00	Hauptschule Moosburg Powerpointpräsentation über Nachmittagsbetreuung für Ganztagschüler	5. Stock
14.00 Dauer ca. 60 Minuten	Vortrag und Vorführung zur Fassadensanierung des Staatlichen Bauamtes München 1, des Architekturbüros Kunz&Kunz und des Steinmetzbetriebes Dr. Pfanner	Rote Bauhütte vor dem Haus
14.30	Hauptschule Ingolstadt an der Herschelstraße Powerpointpräsentation über verschiedene erlebnispädagogische Angebote	5. Stock
14.30 Dauer ca. 20 Minuten	Förderschwerpunkt geistige Entwicklung Film über Lernen in Außenklassen – Einzelintegration in einer Grundschulklasse	5. Stock
15.00 Dauer ca. 60 Minuten	Vortrag und Vorführung zur Fassadensanierung des Staatlichen Bauamtes München 1, des Architekturbüros Kunz&Kunz und des Steinmetzbetriebes Dr. Pfanner	Rote Bauhütte vor dem Haus
15.00 Dauer ca. 20 Minuten	Vortrag zum Ablauf des Asylverfahrens Die Referenten stehen anschließend für Fragen zur Verfügung	Sitzungssaal 6201
15.00 Dauer ca. 25 Minuten	Ganztagsklassen an der Hauptschule Unterschleißheim Film und Ausstellung über ganztägigen Unterricht mit individuellen Lernformen	5. Stock
15.30 Dauer ca. 25 Minuten	Offene Ganztagschule „Lichtblick Hasenberg!“ (Träger Kath. Jugendfürsorge e.V.) Powerpointpräsentation über die pädagogische Arbeit und das spezielle sozialtherapeutische Förder- und Trainingsprogramm	5. Stock
ab ca. 15.30 nur bei großer Nachfrage	Aktion Simulation „Garagenbrand“ Vorführung der Freiwilligen Feuerwehr Hebertshausen und des Rettungsdienstes	Innenhof
16.00 Dauer ca. 60 Minuten	Vortrag und Vorführung zur Fassadensanierung des Staatlichen Bauamtes München 1, des Architekturbüros Kunz&Kunz und des Steinmetzbetriebes Dr. Pfanner	Rote Bauhütte vor dem Haus

Medieninformation

Nr. 128 vom 16.05.2006

Neue Stiftung in München Deutsche Pfadfinder-Stiftung "Baden-Powell" staatlich anerkannt

Die Deutsche Pfadfinder-Stiftung "Baden-Powell" mit Sitz in München hat Regierungspräsident Christoph Hillenbrand am 8. Mai 2006 als rechtsfähige öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts staatlich anerkannt. Zweck der Stiftung ist: die Förderung der Jugendarbeit und der Erziehung junger Menschen, insbesondere der Erziehung zu den Werten des Pfadfindertums (Scouting) im Sinne von Robert Baden-Powell, Lord of Gilwell. Nähere Auskünfte zur Stiftung erteilt: Herr Harald Schmidt, genannt Waldschmidt, Spalatinstr. 25, 81739 München, Telefon-Nummer: 0177-7502937.

Allein im Jahr 2005 hat die Regierung von Oberbayern 69 Stiftungen als rechtsfähig anerkannt. Das ist fast die Hälfte der 154 neuen Stiftungen in Bayern. Damit ist die Regierung von Oberbayern derzeit für mehr als 1000 Stiftungen zuständig. Die Gesamtzahl der Ende 2005 in Bayern registrierten rechtsfähigen Stiftungen ist auf insgesamt 2647 gestiegen. Bayern liegt bundesweit weiterhin mit Abstand an erster Stelle.

Wissenswertes zu Stiftungen

Ob Bildung, Kultur, Umwelt oder Soziales, die Zwecke für die eine Stiftung errichtet werden kann, sind äußerst vielfältig. Eine Stiftung ist ein unkompliziertes und flexibel gestaltbares Instrument, mit dem Vermögen für einen guten Zweck angelegt werden kann. Millionenbeträge sind nicht erforderlich, um eine rechtlich selbständige Stiftung zu errichten. Das Stiftungsvermögen sollte aber mindestens 50.000,-- Euro betragen.

Wer eine Stiftung gründen will, bekommt nähere Informationen bei der Regierung von Oberbayern unter der Telefonnummer 089/2176-0 oder im Internet unter www.regierung.oberbayern.bayern.de. Dort finden Sie auch den aktuellen Leitfaden zur Errichtung einer Stiftung. Das neue elektronische Stiftungsverzeichnis aller rechtsfähigen Stiftungen (Ausnahme: kirchliche Stiftungen) mit Sitz in Bayern ist unter www.stiftungen.bayern.de abrufbar.

Medieninformation

Nr. 129 vom 22.05.2006

Neue Stiftung in München Impuls-Stiftung für Frauen in Not staatlich anerkannt

Die Impuls-Stiftung für Frauen in Not mit Sitz in München hat Regierungspräsident Christoph Hillenbrand am 16. Mai 2006 als rechtsfähige öffentliche Stiftung des bürgerlichen Rechts staatlich anerkannt. Zweck der Stiftung ist die Förderung und Hilfestellung vor allem für folgende Aufgaben des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V., Ortsgruppe München: Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Beratung und Hilfe für Frauen und Familien in besonderen Lebenslagen, Mutter-Kind-Angebote. Errichtet hat die Stiftung der Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Ortsgruppe München. Nähere Auskünfte zur Stiftung erteilt: Frau Karin E. Müller, c/o Sozialdienst katholischer Frauen e.V. München, Marsstr. 5, 80335 München, Telefonnummer (089)55981-0.

Allein im Jahr 2005 hat die Regierung von Oberbayern 69 Stiftungen als rechtsfähig anerkannt. Das ist fast die Hälfte der 154 neuen Stiftungen in Bayern. Damit ist die Regierung von Oberbayern derzeit für mehr als 1000 Stiftungen zuständig. Die Gesamtzahl der Ende 2005 in Bayern registrierten rechtsfähigen Stiftungen ist auf insgesamt 2647 gestiegen. Bayern liegt damit bundesweit weiterhin in der Spitzengruppe.

Wissenswertes zu Stiftungen

Ob Bildung, Kultur, Umwelt oder Soziales, die Zwecke, für die eine Stiftung errichtet werden kann, sind äußerst vielfältig. Eine Stiftung ist ein unkompliziertes und flexibel gestaltbares Instrument, mit dem Vermögen für einen guten Zweck angelegt werden kann. Millionenbeträge sind nicht erforderlich, um eine rechtlich selbständige Stiftung zu errichten. Das Stiftungsvermögen sollte aber mindestens 50.000 Euro betragen.

Wer eine Stiftung gründen will, bekommt nähere Informationen bei der Regierung von Oberbayern unter der Telefonnummer (089) 2176-0 oder im Internet unter www.regierung.oberbayern.bayern.de in der Rubrik „Wir über uns“, Sachgebiet 12.1. Dort finden Sie auch den aktuellen Leitfaden zur Errichtung einer Stiftung. Das neue elektronische Stiftungsverzeichnis aller rechtsfähigen Stiftungen (Ausnahme: kirchliche Stiftungen) mit Sitz in Bayern ist unter www.stiftungen.bayern.de abrufbar.

Medieninformation

Nr. 130 vom 19.05.2006

Beflaggung am 23. Mai 2006 dem Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes auch in ganz Oberbayern

Am Dienstag, dem 23. Mai 2006 werden aus Anlass des Jahrestages der Verkündung des Grundgesetzes alle staatlichen Dienstgebäude in Bayern beflaggt. Auch den Kommunen und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren.

Der Parlamentarische Rat hat das deutsche Grundgesetz am 23. Mai 1949 verkündet.

Medieninformation

Nr. 131 vom 22.05.2006

Terminankündigung



Oberbayerisches Integrationsforum; „Neuanfang Weiß-Blau - Aussiedler in Oberbayern“ am 29. Mai 2006 in Weilheim

Die erfolgreiche Integration von Aussiedlern in oberbayerischen Kommunen ist Thema des zweiten oberbayerischen Integrationsforums 2006, mit dem die Regierung von Oberbayern ihre 2005 begonnene Veranstaltungsserie zum Thema „Integration im Dialog - Migranten in Oberbayern“ fortsetzt. Dazu die Regierungsvizepräsidentin der Regierung von Oberbayern, Heidrun Piwernetz: „In diesem Jahr wollen wir oberbayerische Integrationsprojekte von Kommunen, Schulen, der Wirtschaft und im kulturellen Bereich einer breiten Öffentlichkeit vorstellen und dazu beitragen, ihre Initiativen zu vernetzen und in ganz Oberbayern zu verankern.“ Die Regierung hat Weilheim nicht zuletzt als Veranstaltungsort gewählt, weil Weilheim am bundesweiten Wettbewerb des Bundesministeriums des Innern und der Bertelsmann Stiftung „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall - Strategien kommunaler Integrationspolitik“ 2004/2005 teilgenommen hat.

Unter Federführung von Regierungsvizepräsidentin Heidrun Piwernetz unterstützt die Regierung im Rahmen des Oberbayerischen Integrationsforums die vielfältigen Integrationsmaßnahmen von öffentlicher und privater Seite, vermittelt Kontakte und ist Ansprechpartnerin für Fragen der Integration. Nachdem das erste Integrationsforum 2006 im März gelungene Beispiele erfolgreicher Integrationsmaßnahmen im schulischen Bereich vorgestellt hat, stehen jetzt lokale Projekte zur Integration von Aussiedlern im Mittelpunkt. In Kurzvorträgen und anhand von best-practice-Beispielen werden praktische Erfahrungen der in der Stadt Weilheim i.OB tätigen Gruppierungen beschrieben und diskutiert. Bürgermeister, Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Schulen und Integrationsinitiativen anderer Kommunen erhalten damit Einblick in die engagierte Arbeit von Beratern, Streetworkern, Polizei, ehrenamtlichen Helfern und Mitarbeitern der Kirchen und gewinnen vielleicht den einen oder anderen wertvollen Hinweis für eigene Integrationsbemühungen.

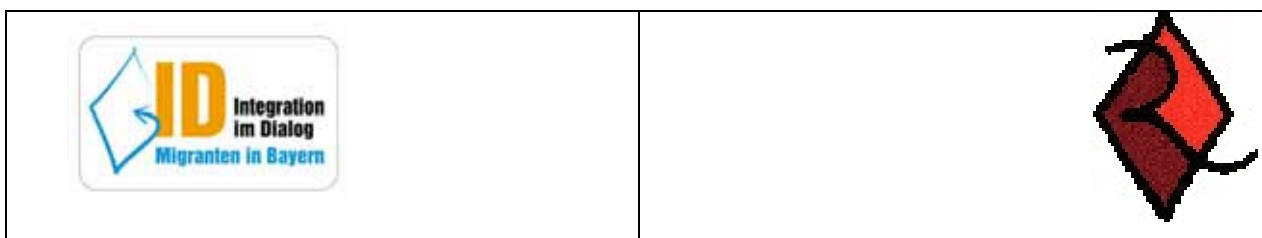
Die Veranstaltung findet

**am Montag, 29. Mai 2006
von 10.00 Uhr bis ca. 15.15 Uhr
in der Begegnungsstätte „Miteinander“ in Weilheim i.OB, Theatergasse 1 statt.**

Das [Programm](#) am 29. Mai 2006, das [Gesamtprogramm](#) 2006 und eine [Anfahrtsskizze](#) liegen an.

Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen sind herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen.





Programm „Neuanfang Weiß-Blau – Aussiedler in Oberbayern“ am 29. Mai 2006
10.00 Uhr - 15.00 Uhr, Begegnungsstätte ‚Miteinander‘ in Weilheim i.OB, Theatergasse 1

10.00 – 10.30 Begrüßung: Stadtpfarrer Hans Appel

Begrüßung und Einführung: Regierungsvizepräsidentin Heidrun Piwernetz

BEST PRACTICE

10.30 – 11.00 Eckpunkte des Integrationskonzeptes der Stadt Weilheim – ein Netzwerk für Migranten in Weilheim – Herr Alfred Honisch, Stadtrat und Referent für AusländerInnen und AussiedlerInnen

11.00 – 12.00 Diakonie Weilheim – Startpunkt für Aussiedler und Ausländer in der neuen Heimat

- Migrationserstberatung – ein Praxisbericht, Frau Sabine Hüsken, Dipl.Soz.Päd.FH
- Ein Jugendprojekt für Spätaussiedler/Ausländer in Weilheim zur Gewaltprävention in Zusammenarbeit mit der Polizei Weilheim, Frau Oksana Schneider, Streetworkerin

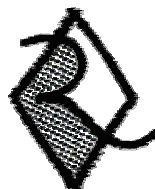
12.00 – 12.30 Mittagspause

12.30 – 13.30 Von Mensch zu Mensch: Integrationsarbeit als Ehrenamt – der „Leuchtturm“ Initiativen des Vereines zur Erleichterung der Integration von Spätaussiedlern e.V. Frau Anne-Marie Rawe, Vorsitzende des Leuchtturm e.V.

13.30 – 14.00 Für Schüler und Eltern: Förderarbeit in der Hauptschule Weilheim Frau Anneliese Resch, Förderlehrerin

14.30 – 15.00 Neuausrichtung im Glauben: Integrationsangebote der Kirchen Frau Marianne Graßl, Dipl.Soz.Päd. FH

15.00 Zusammenfassung und Ausblick



Migranten in Oberbayern – Integrationsforum 2006

Die Regierung von Oberbayern setzt ihre im Jahr 2005 begonnene Veranstaltungsserie zum Thema „Integration im Dialog – Migranten in Oberbayern“ in 2006 mit einer Reihe von regionalen Veranstaltungen über das ganze Jahr hinweg fort:

1. In Form von 4 Regionalkonferenzen unter dem Motto „Migranten in Oberbayern“ werden Chancen und Möglichkeiten erfolgreicher Integration erörtert sowie konkrete gelungene Integrationsmodelle aus der Praxis vorgestellt.
 - 1.1. Der erste Themenschwerpunkt „Integration in der Schule“ wird am Montag, dem 27.03.2006, ab 14.00 Uhr mit einer Veranstaltung in der Grundschule an der Manzostraße in München gesetzt. Die Präsentation bereits erfolgreich praktizierter Integrationsmaßnahmen sowie der Erfahrungsaustausch in Form von verschiedenen Workshops werden im Mittelpunkt der Konferenz stehen.
 - 1.2. Unter dem Motto „Neuanfang Weiß-Blau – Aussiedler in Oberbayern“ folgt mit einer Regionalkonferenz am 29. Mai 2006 in Weilheim die Vorstellung eines weiteren Schwerpunktes erfolgreicher Integrationsleistungen oberbayerischer Kommunen. Weilheim hat am bundesweiten Wettbewerb des Bundesministeriums des Innern und der Bertelsmann Stiftung „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall - Strategien kommunaler Integrationspolitik“ 2004/2005 teilgenommen.
 - 1.3. „Integration in der Wirtschaft“ steht bei der dritten Regionalkonferenz in der 39. KW im Blickpunkt. Durch die Vorstellung erfolgreicher nachahmenswerter Beispiele einer gelungenen Eingliederung ausländischer Mitbürger in die Arbeitswelt sollen ähnliche Modelle in den verschiedenen Wirtschaftszweigen angeregt werden. Daneben soll auch ein erfolgreich von ausländischen Mitbürgern geführtes Unternehmen in Oberbayern vorgestellt werden.
 - 1.4. Die vierte Veranstaltung widmet sich der Thematik „Integrationsförderung durch Begegnung der Kulturen“ und findet in der 45./46. KW im Landkreis Mühldorf statt. Das Verbindende in der Vielfalt der vorweihnachtlichen Bräuche soll im Rahmen dieser Regionalkonferenz hervorgehoben werden.
2. Fortbildungsinitiative „Interkulturelle Kompetenz“
3. Tag der offenen Türe der Regierung von Oberbayern am Freitag, den 14.07.2006



- Es gilt das gesprochene Wort -
Grußwort der Regierungsvizepräsidentin von Oberbayern
Heidrun Piwernetz
anlässlich des
Oberbayerischen Integrationsforums
„Neuanfang Weiß-Blau
Aussiedler in Oberbayern“
am 29. Mai 2005 in Weilheim

Anrede,

Ich freue mich, Sie zur heutigen Veranstaltung „Neuanfang Weiß-Blau - Aussiedler in Oberbayern“ begrüßen zu dürfen.

Sie ist Teil unserer Veranstaltungsreihe „Integration im Dialog – Migranten in Oberbayern“, mit der wir in und für Oberbayern das Motto des Bayerischen Integrationsforums umsetzen. Die Initiative für dieses Forum geht von Bayerns Sozialministerin Christa Stewens aus. Sie hatte im Spätherbst 2004 den Startschuss für eine landesweite Veranstaltungsreihe mit regionalen Schwerpunkten unter dem Motto „Integration im Dialog“ gegeben.

Wir freuen uns über die Anwesenheit von Mitgliedern des Bayerischen Landtages.

Von der CSU-Landtagsfraktion ist die stellvertretende Vorsitzende Renate Dodell und für die SPD-Landtagsfraktion der Sprecher für Migrationspolitik Rainer Volkmann zu uns gekommen.

Ich begrüße den 2. Bürgermeister Ingo Remesch der gastgebenden Stadt Weilheim und die 2. Bürgermeisterin der Stadt Ebersberg Irmtraud Anhalt stellvertretend für alle Vertreter der Kommunen und Landkreise.

Herzlich Willkommen sind uns die Vertreter der Kirchen:

- Dekan Axel Piper aus Weilheim, in Vertretung der Regionalbischöfin
- und der Erzpriester des Ökumenischen Patriachats, Apostolos Malamoussis, von der griechisch-orthodoxen Metropole Deutschland.

Ein herzlicher Dank geht an Stadtpfarrer Appel für seine freundliche Begrüßung. Ich freue mich sehr, dass Sie, Herr Stadtpfarrer, und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese schönen Räume für unser 2. Oberbayerisches Integrationsforum 2006 zur Verfügung gestellt haben. Wir könnten keinen trefflicheren Veranstaltungsort haben als gerade die Begegnungsstätte „Miteinander“.

Herzlich Willkommen sind uns auch die Vertreter der AWO, des BRK, der Caritas, der Diakonie, die Leiterinnen und Leiter der Schulen und Einrichtungen, alle Projektverantwortlichen, der Vorsitzende des Bezirksjugendringes Oberbayern, Paul Polyfka, und – last but not least – Aussiedlerinnen und Aussiedler, die wir zu der Veranstaltung heute mit eingeladen haben.

Anrede!

Die Regierung hat Weilheim bewusst als Veranstaltungsort gewählt. Und das nicht nur wegen der stolzen internationalen Geschichte Weilheims in der Vergangenheit. Weilheim wurde ja von den Wittelsbachern 1238 zur Stadt erhoben und gedieh bald zum Handels- und Handwerksmittelpunkt zwischen Staffel-, Ammer- und Starnberger See. Während des 16. bis 18. Jahrhunderts war es schon eine einzigartige Talentschmiede für Künstler, speziell für Bildhauer, die von dort in alle Welt auszogen. Aktuell sind wir aber wegen einer anderen „Weilheimer Schule“ hierher gekommen:

Weilheim hat erfolgreich am bundesweiten Wettbewerb des Bundesministeriums des Innern und der Bertelsmann-Stiftung „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall – Strategien kommunaler Integrationspolitik“ 2004/2005 teilgenommen.

Die Stadt Weilheim mit all ihren Bewohnern, Behörden, Organisationen, Verbänden und Vereinen widmet sich seit der Eröffnung des Staatlichen Übergangwohnheimes für Spätaussiedler in der Hans-Guggemoos-Str. im August 2000 intensiv der Integration der Aussiedler, die einen Neuanfang „Weiß-Blau“ im Oberbayerischen gewagt haben und auch weiterhin wagen. Zahlreiche Einzelprojekte und ganze Netzwerke engagieren sich hier gemeinsam für die Menschen mit Migrationshintergrund.

Rund 96 000 Spätaussiedler kamen zwischen 1989 und 2005 nach Oberbayern, ca. 1 200 Aussiedler davon in das Übergangwohnheim nach Weilheim, das Wohnraum für max. 200 Personen bietet. Derzeit leben dort 130 Personen und damit rund ein Drittel weniger Aussiedler als noch vor Jahresfrist. Dieses Bild spiegelt die Situation für ganz Bayern: Die Zahl der Aussiedler, die in unser Land kommen, hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen. Lebten Ende 2004 noch rund 2 600 Bewohner in oberbayerischen Übergangwohnheimen waren es zum 31.12.2005 nur noch ca. 1 700 Menschen. Mit weiter stark rückläufiger Tendenz.

Auch wenn die Zahlen zurückgehen, die Aufgabe bleibt! Für das große Engagement aller an der „Integration in Weilheim“ Beteiligten und den dabei erzielten augenscheinlichen Erfolg möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken!

Was verstehen wir unter Integration?

Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben.

Integration von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern und Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir im Dialog mit allen Beteiligten und unter Einbeziehung verschiedenster Aspekte voranbringen wollen.

Die Globalisierung, die offenen Grenzen innerhalb Europas, die vielen Berührungspunkte mit fremden Kulturen führen gerade nicht automatisch zu einer Nähe, die Angst und Vorurteile überwindet.

Integration ist ein gegenseitiger Prozess. Er verlangt eine offene und im wahren Wort-sinn selbst-bewusste Haltung bei allen Beteiligten.

Grundvoraussetzungen sind deshalb auf der einen Seite durchdachte Integrationsange-bote der Aufnahmegesellschaft, die nach der Maxime „Fördern und Fordern“ auch ver-pflichtend sein können und auf der anderen Seite das intensive Bemühen der Zugewan-derten, diese Angebote anzunehmen. Spracherwerb ist die entscheidende Vorausset-zung für echte Integration. Sie ist der Schlüssel. Ebenso gefordert sind das Bewusstsein und die Bereitschaft der Zugewanderten, sich auf ein Leben in einer mitteleuropäischen Gesellschaft einzulassen, die gewachsenen Grundlagen der Gesellschaft in Deutschland zu respektieren und die hier geltenden zentralen Werte wie Menschenwürde, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sowie das Grundgesetz und die Rechtsordnung nicht nur zu akzeptieren, sondern aktiv zu unterstützen.

Die Stadt Weilheim, ihre Bewohner, Institutionen, Gruppierungen und Initiativen haben sich der Herausforderung der Aussiedlerintegration in besonders engagierter Art und Weise gestellt. Die Ergebnisse handfester, geduldiger Arbeit, vielfältige Ideen und Ange-bote werden heute in Kurzvorträgen für Sie zusammengefasst. Wir wollen Ihnen einen Einblick in die engagierte Arbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen, Lehrern, Beraterinnen, Streetworkern und kirchlichen Mitarbeitern ermöglichen. Die Kurzvorträge und best-practice-Beispiele sollen motivieren, die Vielfalt der Ideen aufzugreifen und für weitere Integrationsbemühungen in Oberbayern zu nutzen.

Die Regierung von Oberbayern hat aufgrund ihrer Zuständigkeiten viele fachliche Berüh-rungspunkte mit dem Thema Integration, etwa über die Schulaufsicht, die Städtebauför-derung, die Förderung der Jugendsozialarbeit oder die Zuständigkeit für die Unterbrin-gung von Spätaussiedlern in den Übergangwohnheimen. Unser Ziel ist es, ein positives Bewusstsein für alle mit Integration zusammenhängenden Themen zu schaffen, sie ideell zu unterstützen und Anstoß für Folgeveranstaltungen zu geben. Daneben möchten wir Ansprechpartner für Integrationsfragen sein, Kontakte vermitteln und Hilfestellung für entsprechende Maßnahmen auf lokaler Ebene geben. Im Jahr 2006 haben wir uns zum Ziel gesteckt, oberbayerische Integrationsprojekte von Kommunen, von Schulen, der

Wirtschaft und dem kulturellen Bereich einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und dazu beizutragen, ihre Initiativen zu vernetzen und in ganz Oberbayern zu verankern.

Aus diesem Grund finden im Jahr 2006 vier regionale Veranstaltungen in verschiedenen Städten Oberbayerns statt. Den „Grundstein“ legte im März die Auftaktveranstaltung 2006 unter dem Motto „Integration in der Schule“ in München, die sich der Basis und dem Dreh- und Angelpunkt aller Integration, der schulischen Sprachförderung, intensiv widmete. Der heutigen Veranstaltung werden in der 2. Jahreshälfte weitere Regionalkonferenzen zu den Themenkreisen „Integration und Wirtschaft“ bzw. „Integrationsförderung durch Begegnung der Kulturen“ folgen. Außerdem wird am Tag der offenen Tür der Regierung von Oberbayern am 14.07.2006 das Thema Integration einen wichtigen Programmpunkt bilden. Schließlich haben wir eine regierungsinterne Fortbildungsinitiative unter dem Motto „Interkulturelle Kompetenz“ gestartet.

Integration kommt von lateinisch „integratio“ und bedeutet wörtlich „ein Ganzes herstellen“. Dazu sind wir alle aufgerufen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen im Interesse der in Oberbayern lebenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund eine gewinnbringende Veranstaltung!

Medieninformation

Nr. 132 vom 22.05.2006

TERMINANKÜNDIGUNG

Kompetente Berater für Gemeinden, Planer und Bauherren unverzichtbar Arbeitstagung der Regierung für oberbayerische Stadt- und Kreisbaumeister

„Qualifizierte bautechnische Mitarbeiter der Bauaufsichtsbehörden sind als Ansprechpartner für Bauwillige, Architekten und Ingenieure unverzichtbar, um den hohen Qualitätsstandard bei der Bauleitplanung der Gemeinden und bei der Baugenehmigung zu erhalten. Wegen der sich wandelnden rechtlichen und planerischen Vorgaben und der geänderten Aufgabenstruktur ist es der Regierung von Oberbayern daher ein wichtiges Anliegen, die Stadt- und Kreisbaumeister und ihre Vertreter einmal jährlich über aktuelle Fachthemen zu informieren und Erfahrungen auszutauschen“ betont Regierungspräsident Christoph Hillenbrand. Die Arbeitstagungen finden an wechselnden Veranstaltungsorten statt, damit die Teilnehmer im Anschluss Beispiele herausragender Gebäude oder besondere städtebauliche Situationen besichtigen können.

Die nächste Informationsveranstaltung findet statt

**am Mittwoch, 31. Mai 2006, 10 - 16 Uhr
Deutsches Hopfenmuseum
Elsenheimerstraße 2, 85283 Wolnzach
Telefon: 08442/7574**

Experten informieren insbesondere über barrierefreies Bauen, vorbeugenden Brandschutz und die aktuellen Anforderungen an Flächennutzungspläne.

Berichterstatter sind herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen.

[Programm](#)

Programm der Arbeitstagung der Stadt- und Kreisbaumeisterei am 31. Mai 2006
im Deutschen Hopfenmuseum Wolnzach

- 09.30 – 10.00 Uhr Eintreffen der Gäste
- 10.00 – 10.30 Uhr Grußworte
Regierungspräsident Christoph Hillenbrand
Landrat Rudi Engelhardt, Landkreis Pfaffenhofen/ Ilm
Bürgermeister Josef Schäch, Markt Wolnzach
- 10.30 – 11.00 Uhr Barrieren erkennen
BORin Helga Tichai,
Regierung von Oberbayern
- 11.00 – 11.30 Uhr Barrierefreies Bauen – Begriff „unverhältnismäßiger Mehraufwand“
(Art. 46 Abs. 2 Satz 3 und Art. 51 BayBO)
BD Christian Schiebel,
Regierung von Oberbayern
- 11.30 – 12.00 Uhr Verantwortliche Sachverständige für vorbeugenden Brandschutz –
Erfahrungen aus dem Prüfungsausschuss
MR a.D. Friedrich Amann, Vorsitzender des Prüfungsausschusses
Verantwortliche Sachverständige für Brandschutz bei der Bayerischen
Architektenkammer
- 12.00 – 13.30 Uhr Mittagspause
- 13.30 – 14.15 Uhr Neuere Entwicklungen bei Flächennutzungsplänen im ländlichen Bereich
BD Fritz Schüller,
Kreisbaumeister Freising
- 14.15 – 15.00 Uhr Konkretisierung des Rechtsbegriffs
„die äußere Gestalt bleibt im Wesentlichen gewahrt“
(§ 35 Abs. 4 Nr. 1b BauGB mit Beispielen)
Dipl.-Ing. Werner Pawlovsky,
Landratsamt Miesbach
- 15.00 – 16.00 Uhr Besichtigung des Hopfenmuseums
Architekten Krug und Partner
Führung Prof. Dipl.-Ing. Jürgen Krug

Medieninformation

Nr. 133 vom 22.05.2006

Verfahrensstart für Gas- und Dampfturbinenanlagen des Kraftwerks Irsching

Für die am Standort des Kraftwerks Irsching in Vohburg a.d.Donau geplante, neue Gas- und Dampfturbinenanlage (GuD-Anlage) „Irsching 4“ der Firma Siemens AG hat die Regierung von Oberbayern jetzt das immissionsschutz- und wasserrechtliche Genehmigungsverfahren eingeleitet; zugleich hat sie für eine weitere Gas- und Dampfturbinenanlage „Block 5“ der Firma E.ON Kraftwerke GmbH das immissionsschutzrechtliche Vorbescheidsverfahren begonnen. Die Projektunterlagen sind nun vom 26. Mai bis einschließlich 26. Juni 2006 in den Städten Vohburg a.d.Donau und Geisenfeld, den Gemeinden Ernsgaden, Großmehring, Münchsmünster, Kösching, Manching und Pförring während der allgemeinen Dienststunden einsehbar. Wegen möglicher Auswirkungen der Kühlwassereinleitung sind die Unterlagen auch in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz und zwar in Kelheim, Neustadt a.d.Donau, Regensburg sowie in den Gemeinden Pentling, Pettendorf, Saal a.d.Donau, Sinzing und im Markt Bad Abbach ausgelegt. Einwendungen können bis zum 10. Juli 2006 bei der Regierung von Oberbayern oder eine der auslegenden Stellen erhoben werden. Der Erörterungstermin findet am 27. Juli 2006 in Münchsmünster statt. 67 Fachstellen, Behörden und Verbände hat die Regierung von Oberbayern als zuständige Genehmigungsbehörde im Verfahren beteiligt und Gelegenheit gegeben, sich zu dem geplanten Vorhaben zu äußern.

Die für die Stromerzeugung geplanten GuD-Anlagen erreichen einen Wirkungsgrad von ca. 60 Prozent, während herkömmliche Kraftwerksanlagen einen Wirkungsgrad von etwa 38 Prozent aufweisen. Die neuen Blöcke werden entsprechend dem Strombedarf in der sogenannten Mittellast betrieben und können auf Grund ihrer Flexibilität Schwankungen in der Stromversorgung ausgleichen. So sollen „Irsching 4“ später 1.028 und der „Block 5“ 1.750 Megawatt maximale Feuerungswärmeleistung erbringen. Bei einem hohen Anlagenwirkungsgrad werden die Verluste an nutzbarer Energie und der Verbrauch von fossilen Brennstoffen verringert und damit die Umwelt wegen des geringeren Kohlendioxydausstoßes weniger belastet.

Die Firma Siemens AG plant die Errichtung und den Betrieb von „Irsching 4“, einer Gas- und Dampfturbinenanlage am Standort des Kraftwerks Irsching. Die Regierung führt hierfür das immissionsschutzrechtliche und die wasserrechtlichen Verfahren durch. Die Anlage ist östlich des bestehenden Kraftwerksgebäudes geplant. In einer ersten Phase ist vorgesehen, zunächst die Gasturbinenanlage zu errichten und drei Jahre lang als Versuchsanlage zu betreiben. Nach Abschluss des Testbetriebs soll sie in einer zweiten Phase um eine Dampfturbine mit Kondensator und Dampfkessel zu einer GuD-Anlage erweitert werden. Nach den Antragsunterlagen soll die Gasturbinenanlage Mitte Dezember 2007 in Betrieb gehen, die GuD-Anlage im Februar 2011.

Die Firma E.ON Kraftwerke GmbH plant das Kraftwerk Irsching um eine Gas- und Dampfturbinenanlage, den „Block 5“, zu erweitern. Hierfür führt die Regierung von Oberbayern das immissionsschutzrechtliche Vorbescheidsverfahren durch. Diese ebenfalls der Stromerzeugung dienende Kraftwerksanlage soll im März 2009 in Betrieb gehen.

Das Kraftwerk Irsching dient lediglich der Stromerzeugung, hauptsächlich zu Zeiten erhöhten Strombedarfs. Seit 1995 wurde daher nurmehr Block 3 betrieben. Von den bestehenden drei Kraftwerksblöcken in Irsching wurde Block 1 zum Jahresende stillgelegt. Er entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen an die Energieerzeugung. Block 2 befindet sich in so genannter Kaltreserve, könnte also innerhalb von einigen Wochen wieder in Betrieb gehen. Er ist aber über 30 Jahre alt und verfügt nur über einen Netto-Wirkungsgrad von etwa 38 Prozent. Die derzeitige maximale zulässige Feuerungswärmeleistung des Kraftwerks Irsching mit den Blöcken 2 und 3 und den Hilfskesselanlagen beträgt zusammen rund 1.800 Megawatt.

Medieninformation

Nr. 135 vom 22.05.2006

Fang und Abschuss eines Braunbären gestattet

Die Regierung hat heute Fang und Abschuss des am Wochenende vom 20./21. Mai 2006 von Österreich nach Oberbayern eingewanderten Braunbären gestattet. Diese Gestattung richtet sich an alle geeigneten Jagdausübungsberechtigten. Nachdem der Braunbär im Landkreis Garmisch-Partenkirchen zuletzt in umschlossene Stallungen eingedrungen ist, ist nicht mehr auszuschließen, dass sich das Tier auch weiterhin in der Nähe von Menschen aufhält und es zu für Menschen gefährlichen Begegnungen kommt. Das bisherige Verhalten des Braunbären lässt den Schluss zu, dass er die sonst arttypische Scheu vor dem Menschen verloren hat. Das Tier stellt damit ein nicht kalkulierbares Sicherheitsrisiko dar.

Medieninformation

Nr. 136 vom 23.05.2006

Regierung bereitet 2. Konzept für Feinstaubreduzierung in München auf

Die Regierung von Oberbayern bereitet derzeit das zweite Konzept zur Bekämpfung der Feinstaubbelastung in München auf. Dieses sieht als ersten Schritt die von der Landeshauptstadt München vorgeschlagene Sperrung für LKW über 3,5 Tonnen vor („Strahlenkonzept“). Das Kabinett hatte den Kommunen den Spielraum für solche weitergehenden Lösungen am 8. Februar 2006 eröffnet. Ein detailliertes Konzept dazu hat die Landeshauptstadt dann am 22. März 2006 vorgelegt. Schon zuvor war die Regierung von Oberbayern aber nicht untätig geblieben: Sie hatte sich mit der Stadt am 19. April 2005 auf ein Konzept der Sperrung des Mittleren Rings für Lkws größer 12 Tonnen geeinigt, das nach dem Ministerratsbeschluss vom 8. Februar 2006 aber aufgegeben wurde. Das LKW-Durchfahrtsverbot kann jedoch nur Teil eines größeren Maßnahmenbündels sein. Hierzu gehört die Einführung der Umweltzone innerhalb des Mittleren Rings, welche die Landeshauptstadt München mit Nachdruck betreibt und eine Umsetzung Anfang 2008 anstrebt. Ergänzend analysiert die Regierung derzeit das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18. Mai 2006, das der Klage eines Anwohners der Landshuter Allee auf Aufstellung eines Aktionsplans wegen Feinstaubbelastung gegen den Freistaat Bayern teilweise stattgegeben hat, um es bei der Entscheidung über das weitere Vorgehen einfließen zu lassen. Soweit der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die lange Planungsdauer anspricht, liegt das an der komplexen Planung, die erhebliche Vorlaufzeit benötigt: So waren z. B. umfangreiche Prognosen und Rechnungen nötig, um zu belegen, dass nicht die Anliegergemeinden des Autobahnringes von den Emissionen des dorthin verdrängten LKW-Verkehrs unzumutbar betroffen werden. Näher stellt sich der Planungsverlauf wie folgt dar:

Ursprünglich hatten Regierung von Oberbayern und Landeshauptstadt München in einem Gespräch am 19. April 2005 vereinbart, dass die Landeshauptstadt München im Mai 2005 ein detailliertes Konzept für eine Umleitung des Lkw-Durchgangsverkehrs vorlegt. Die Landeshauptstadt hat der Regierung dazu Mitte Juli 2005 ein Grobkonzept für eine Sperrung nahezu aller nach München hineinführenden Straßen für LKW über 7,5 Tonnen vorgelegt („Flächenkonzept“). Erst Mitte Oktober hat die Landeshauptstadt dann die längst angekündigten Daten und Zahlen zu den verkehrlichen und sonstigen Auswirkungen dieses Konzeptes nachgereicht. Erst zu diesem Zeitpunkt, also ein halbes Jahr nach dem ersten Gespräch von Regierung und Landeshauptstadt zu diesem Thema, konnte die Regierung in die Prüfung einsteigen, die sie zusammen mit dem Landesamt für Umwelt und dem TÜV schnellstmöglich vorgenommen hat. Unter anderem kam es dabei darauf an, unter Ausschöpfung der dortigen Rechnerkapazitäten zu belegen, dass nicht die Anliegergemeinden des Autobahnringes von den Emissionen des dorthin verdrängten LKW-Verkehrs unzumutbar betroffen werden.

Ein wichtiger Punkt war und ist dabei ferner die Art der verkehrsrechtlichen Umsetzung einer derartigen, aus einem Luftreinhalte-/Aktionsplan resultierenden Verkehrsbeschränkung. Dabei geht es darum, welche Verkehrsbeschilderung oder welche Schilderkombination dafür rechtlich zulässig und sinnvoll anzuordnen ist. Dazu eröffneten sich mit der Änderung der Straßenverkehrsordnung zum 1. Januar 2006 und der Einführung von Verkehrsbeschränkungen zur Verminderung des Mautausweichverkehrs neue Möglichkeiten. Die genauen Regelungen, vor allem dass damit Straßen nur für LKW mit mehr als 12 Tonnen

sperrbar sind, konkretisierten sich aber erst gegen Ende des vergangenen Jahres. Sie konnten also nicht schon früher in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Die Regierung stellte dann aber ein Konzept zur Sperrung des Mittleren Rings („Ringsperrungskonzept“) auf die sich abzeichnende neue Rechtslage ab, zumal die Stadt diese neue Möglichkeit der Beschilderung selbst zum Jahreswechsel gegenüber dem Umweltminister thematisiert hatte.

Erstmals Anfang Februar 2006 hat dann die Landeshauptstadt München eine Sperrung schon für LKW über 3,5 Tonnen gefordert und ein grundlegend anderes neues Sperrkonzept skizziert. Dieses sieht ausgehend von einer Sperrung des Mittleren Rings auch eine Sperrung wichtiger, auf diesen zulaufender Hauptverkehrsstraßen vor („Strahlenkonzept“). Das Kabinett hatte den Kommunen den Spielraum für derartige Forderungen am 8. Februar 2006 eröffnet. Das dann vorgelegte, detaillierte Konzept der Landeshauptstadt München trägt das Datum vom 22.03.2006.

Medieninformation

Nr. 137 vom 31.05.2006

PPP - Infotour 2006 Experten informierten bayerische Kommunen über öffentliche Baumaßnahmen

Wie lassen sich öffentliche Baumaßnahmen mit Hilfe von Public Private Partnership (PPP) realisieren? Darüber informierte heute eine Veranstaltung für bayerische Kommunen bei der Regierung von Oberbayern, mit der die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern die bayernweite PPP-Infotour fortsetzt. Ziel dieser Veranstaltungsreihe ist es, die Zusammenarbeit der öffentlichen Hand mit der Privatwirtschaft auch im kommunalen Bereich zu verstärken, wie sie bereits im staatlichen Sektor erfolgreich praktiziert wird. Die Kommunen sollen das notwendige Know-how erhalten, um künftig vermehrt kommunale PPP-Projekte starten zu können. „PPP-Modelle sind eine hochkomplexe Materie, die das Kommunalrecht, das Haushaltsrecht und das Vergaberecht, aber auch das Zuwendungs- und das Steuerrecht berühren können. Die Regierung von Oberbayern wird die Kommunen beim Einsatz des neuen Instrumentariums nach Kräften unterstützen und beraten,“ so Regierungsvizepräsidentin Heidrun Piwernetz.

Bei der Schlussveranstaltung der PPP-Infotour, die von Regensburg über Würzburg und Ansbach jetzt nach München geführt hat, erörterten Experten aus Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Fachverbänden der Bauwirtschaft und des Kreditgewerbes sowie der Regierung von Oberbayern mit Kommunalpolitikern und Kommunalbediensteten die Inhalte des bundesweit einmaligen PPP-Leitfadens, eines praxisgerechten Hilfsmittels für Kommunen, die kommunale PPP-Projekte durchführen wollen. Beispiele aus der Praxis veranschaulichten diese neue Form der Öffentlich-Privaten Partnerschaft. Der Leitfaden, die Informationsveranstaltungen und die PPP-Arbeitsgruppe Bayern sind die Informationsquellen für die Kommunen bei der Verwirklichung ihrer Projekte.

Das Thema PPP hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Immer mehr Projekte in Bund, Ländern und Kommunen werden auf diesem Weg realisiert. Unter PPP im Baubereich versteht man die meist langfristig vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft, bei der die erforderlichen Ressourcen, wie Know-how und Kapital, von den Partnern gemeinsam eingesetzt werden. PPP erschöpft sich dabei nicht in der privaten Vorfinanzierung, sondern zielt auf eine Zusammenarbeit ab, die den gesamten „Lebenszyklus“ eines Bauwerks umfasst, angefangen von Planung und Bau über Betrieb bis hin zur Nachfolgenutzung und Verwertung.

In den PPP-Leitfaden sind als eine gemeinsame bayerische Position die Ergebnisse einer Gesprächsrunde der Obersten Baubehörde mit Vertretern des Staatsministeriums der Finanzen sowie für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes, der Kommunalen Spitzenverbände sowie der Kredit- und Bauwirtschaft eingeflossen. Den ersten Teil dieses Leitfadens, der neben Chancen und Risiken von PPP auch einen Projekteignungstest beinhaltet, hat Innenminister Dr. Günther Beckstein im Juli 2005 vorgestellt. Der nun vorliegende zweite Teil stellt die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen für PPP-Modelle in Bayern dar und gibt Arbeitshilfen zu den Themen

kommunales Haushalts- und Vermögensrecht, Vergaberecht, Steuerrecht, Förderrecht und Hinweise zur Finanzierung von PPP-Projekten. Der dritte Teil, der sich dem Vergabeverfahren und der Vertragsgestaltung widmet, ist in Arbeit.

Der Leitfaden und weitere Informationen zum Thema PPP sind im Internet unter www.ppp.bayern.de zu finden.